



Rede zur konstituierenden Sitzung des Tiroler Landtags 1. Juli 2008

Landtagsabgeordneter Gebi Mair

Meine Damen und Herren, vergangene Woche hatte ich ein erhellendes Erlebnis, das ich dem Österreichischen Rundfunk verdanke, und ich denke dieses Erlebnis ist es wert, mit Ihnen geteilt zu werden. Umso mehr, als darin Bundesminister a.D. Günther Platter vorkommt. Der Bundesminister a.D. erklärte dort nämlich, warum es nicht zu Verhandlungen mit den Grünen über eine Koalition in Tirol gekommen sei. Er begründete „aufgrund der kuriosen bildungspolitischen Vorstellungen der Grünen.“

Meine Damen und Herren, es lohnt sich, diesen Satz etwas genauer anzuschauen. „Aufgrund der kuriosen bildungspolitischen Vorstellungen der Grünen“ ist es also nicht zu schwarz-grünen Koalitionsverhandlungen in Tirol gekommen.

Meine Damen und Herren, Sie werden mich in den nächsten Monaten besser kennen lernen und dabei herausfinden, dass ich zur Selbstüberschätzung neige. Meine Selbstüberschätzung ist aber nicht maßlos. Ich glaube kaum, dass sich der Bundesminister a.D. nicht traute, mit mir über die kuriose Bildungspolitik zu verhandeln. Daran kann es also nicht liegen. Es muss einen anderen Grund geben, dass sich die ÖVP nicht traute, aufgrund der kuriosen bildungspolitischen Vorstellungen mit uns Grünen zu verhandeln.

Ich habe eine Vermutung. Nicht die Furcht der ÖVP vor den Grünen war es, auch nicht die Furcht vor Gebi Mair. Die bildungspolitische Furcht der ÖVP heißt anders. Sie nennt sich Realität.

Meine Damen und Herren, nach 63 Jahren in der Regierung ist es manchmal schmerzhaft, die Realität zu ertragen.

Wie sieht sie aus, die bildungspolitische Realität in Tirol, die uns Grüne zu unseren kuriosen Positionen führt? Was bedeutet das, wenn in der vierten Klasse Hauptschule nur mehr zwei Prozent der SchülerInnen die Leistungsgruppen wechseln? Das bedeutet, dass Ihre Bildungspolitik nicht Chancen gibt, sondern Chancen nimmt, meine Damen und Herren. Das bedeutet, dass das System der Leistungsgruppen gescheitert ist. Doch anstatt sich der schmerzhaften Realität zu stellen und die Leistungsgruppen endlich abzuschaffen, stellt man die Grünen lieber ins Kuriositätenkabinett und führt selbst stattdessen zur dritten noch eine vierte Leistungsgruppe ein.

Die Furcht der ÖVP ist jedoch berechtigt groß. Nicht nur kuriose Grüne, auch die gesamte Erziehungswissenschaft, international und national verlangt eine Pädagogik, die sich um

die einzelnen SchülerInnen kümmert und endlich Schluss damit macht, alle über einen Kamm zu scheren. Und selbst BildungspolitikerInnen aus den Reihen der ÖVP erkennen zunehmend die Realität und fordern Veränderungen. In der Industriellenvereinigung selbst, wohl kaum der Grün-Nähe verdächtig, fordert man eine binnendifferenzierende Schule und Schluss mit dem Schulsystem, das Chancen verbaut statt sie zu schaffen.

Wir Grüne wollen eine Schule, in der nicht mehr von oben verordnet wird. Von der Schulaufsicht zur Schuleinsicht nennt sich dieses Programm. Eine Schule auch, die sich ihre Leitung selbst wählt und nicht mehr darauf angewiesen ist, dass Kollegien mit absoluter ÖVP-Mehrheit entscheiden, was am besten für die Schule und die ÖVP ist. Schon lange wird die Verordnungs-kultur nicht mehr akzeptiert. Sie wird unterlaufen, weil sie gescheitert ist.

Meine Damen und Herren, die Realität tut manchmal weh, sehr weh. Aber dieser Schmerz wird für die ÖVP heilsam sein.

Wir Grüne streiten für eine Bildungspolitik, die Menschen unterstützt, statt sie auszugrenzen. Statt Deutschtests im Ausland wollen wir Menschen hier unterstützen, Deutsch zu lernen. Wie das gehen soll, fragen Sie? Wir werden in den nächsten fünf Jahren hart daran arbeiten, Modelle dazu lebbar zu machen.

Nicht nur in der Bildungspolitik muss die ÖVP die Realität in einem schmerzhaften Prozess zur Kenntnis nehmen. Ich verstehe, dass das schwierig ist. Ein Minister, der mit dem Bundesheer-Jet übers Wochenende nach Hause fliegt kann sich wahrscheinlich nur schwer vorstellen wie es ist, in Innsbruck aus einer Wohnung ausziehen zu müssen, weil die steigenden Zinsen die Miete nicht mehr bezahlbar machen. Meine Damen und Herren, Menschen müssen in Innsbruck aus Ihren Wohnungen ausziehen, weil die Politik sie dazu zwingt. Sie haben eine Wohnbauförderung geschaffen, die Menschen in Existenzkrisen bringt. Aber wir Grüne werden Sie auch hier mit der Realität bekannt machen und für eine ganz andere Politik kämpfen.

Wir werden Sie mit der Realität der Gesellschaft bekannt machen. Mit Lesben und Schwulen, die sich als vollwertiger Teil der Gesellschaft verstehen. Mit selbstbewussten Jugendlichen, die sich ihren Platz in der Gesellschaft von Ihnen nicht nehmen lassen. Mit Menschen, die sich ihren Horizont nicht einengen lassen, trotz der herrschenden Politik.

Meine Damen und Herren, Sie können das kurios nennen. Nennen Sie es kurios, dass es nach 63 Jahren ÖVP-Regierung immer noch Menschen gibt, die sich nicht von Ihnen vorschreiben lassen wollen, wie sie am besten zu leben haben. Menschen voller Widerständigkeit und Kreativität, voll Phantasie und Engagement. Nicht so viele, wie ich gerne hätte, aber wir werden die nächsten Jahre dafür sorgen, dass es wieder mehr werden.

Meine Damen und Herren, willkommen in der Kuriosität der Realität, auf eine gute Arbeit!